

Milchquoten ...

Fortsetzung von Seite 12

quoten ab. Er unterstrich ebenfalls, man wolle die Quote zur Existenzsicherung kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe verwenden, und hier auch insbesondere solche Betriebe, für die es im Grunde zur Grünlandwirtschaft keine existenzsichernde Alternative gebe. Ferner wolle man besonders Betriebe bedenken, die nach Regeln des ökologischen Landbaus wirtschaften.

Karl Knipschild (CDU) sagte, auch seine Fraktion begrüße und unterstütze die Bereitschaft der Landesregierung, die von der Bundesaktion nicht berücksichtigten Stillenquoten zu übernehmen und kostenneutral an die Landwirte weiterzugeben. Den Hauptkriterien, daß z. B. als Käufer nur milcherzeugende Haupterwerbslandwirte in Frage kommen sollten, stimme man zu. Ebenfalls, daß für den Ankauf dieser Quoten eine Obergrenze gelten solle. Nicht zustimmen wolle die CDU der Forderung der GRÜNEN, potentiellen Erwerbern ein zinsloses Darlehen zu gewähren sowie der SPD-Forderung, für Naturschutzzwecke und für ökologisch wirtschaftende Betriebe eine Quotenreserve zu bilden.

Friedel Meyer (F.D.P.) betonte, die Rückkaufaktion von Milchquoten durch die Bundesregierung mache deutlich, daß weitaus mehr Landwirte sich von ihrer Quote befreien möchten als ursprünglich angenommen worden sei. Unklar bleibe jedoch, weshalb sich das Land als Makler bzw. als Zwischenhändler betätige. Warum überlasse man diese Aktion nicht den landwirtschaftlichen Organisationen? Der Abgeordnete warnte davor, die Obergrenze von 350 000 kg herabzusetzen.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) sagte, es sei richtig, daß die Landesregierung bereit sei, von der Ermächtigung des Milchaufgabe-Vergütungsgesetzes Gebrauch zu machen. Jeder NRW-Milcherzeuger, der bei der mißglückten Bundesaktion nicht berücksichtigt worden sei, oder auf sieben Prozent seiner Antragsmenge sitzengeblieben sei, könne die Milchquoten zu 1,60 Mark je Kilogramm dem Land anbieten. Solches Handeln unterstreiche auch die Absicht der Landesregierung, im Interesse der Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe eine weitere Abwanderung von Milchquoten aus NRW zu verhindern.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 11 43.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepfer (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 25 45, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Ulrich Schmidt (SPD)

Für seine neue Tätigkeit als Vizepräsident des Düsseldorfer Landtags bringt Ulrich Schmidt die besten Voraussetzungen mit. Schließlich weiß der 48jährige Sozialdemokrat, der persönlich Verletzendes selbst in der schärfsten Debatte verabscheut, seine Freunde im Landtag auch außerhalb der engen Fraktionsgrenzen seiner Partei. „Das muß möglich sein, auch wenn man in der Sache oft unterschiedliche Positionen einnimmt.“ Doch seine politische Heimat hat der Bürgermeister aus Wetter, für den das Wort „Genosse“ noch etwas gilt, stets im Kreis der Sozialdemokratie gehabt. „Ich bin ein harmoniebedürftiger Mensch. Ich muß mich wohlfühlen können“, weiß der allseits beliebte SPD-Politiker.

Daß der gebürtige Wittener schon in jungen Jahren die Gemeinschaft in Gewerkschaft und Partei suchte, dürfte nicht zuletzt mit dem schrecklichen Schlüsselereignis zusammenhängen, daß sein Vater im Kriegsjahr 1942 fiel, als Ulrich Schmidt gerade geboren wurde. Ulrich Schmidt ist kein Pazifist geworden, aber die Parole „Nie wieder Krieg“ hat ihn in seinem bisherigen Leben nicht losgelassen. Sohn und Mutter zog es immer wieder zum heimischen Kriegerdenkmal. Und bis heute hat Ulrich Schmidt es sich nicht nehmen lassen, dort jedes Jahr eine Rede gegen den Krieg zu halten.

1964 trat der überzeugte Sozialpolitiker in die SPD ein. Obwohl von kirchlichen Elternhaus her eigentlich kein geborener Sozialdemokrat, engagierte er sich und wurde bereits 1968 Ortsvereinsvorsitzender in Volmarstein. Er habe schon früh erkannt, daß kirchliche Arbeit allein in der Sozialpolitik nicht viel bewirken könne und sich in der Partei engagiert, erinnert sich Schmidt. Beruflich zog es den tatkräftigen Macher zur Betriebskrankenkasse von Hoesch, wo er es bis zum Gruppenleiter brachte. Berufspolitiker wollte das IG Metall-Mitglied damals noch nicht werden. Ulrich Schmidt stand stets auf der Seite der Arbeitnehmer. Beim Kampf um den Stahlstandort Hattingen hat der Abgeordnete manche Tag- und Nachtschicht vor den Werkstoren verbracht und den oftmals verzweifelten Menschen Mut gemacht.

Über die Gemeinde Volmarstein gelangte Schmidt auch ins Kuratorium der Orthopädischen Anstalten. Berührungsängste mit den Behinderten waren dem jungen Mann fremd, schließlich hatte er schon im heimatischen Sandkasten feste Freundschaften geschlossen. Zeitgleich mit seiner ersten Wahl in den Landtag wurde der „Sozialpolitiker durch und durch“ auch

Bürgermeister in der 30 000-Einwohner-Gemeinde Wetter. Hier, wo die „Roten“ seit Kriegsende regieren, bekam Ulrich Schmidt seinen letzten kommunalpolitischen Schliff. Noch heute ist der SPD-Politiker zutiefst der Überzeugung, daß sich Landtags- und Bundestagsabgeordnete zuerst die Sporen in der Kommunalpolitik verdienen müßten, statt sich „als Seiteninsteiger auf dem Markt der Abgeordnetenmandate zu tummeln“. Für absolut nicht ideal hält der bodenständige Politiker deshalb auch die immer häufiger anzutreffende Karriere: Abitur, Studium, Promotion, Mandat. Ein Greuel ist Schmidt die Lehrerlastigkeit in allen Fraktionen.

Im Sozial- wie im Finanzausschuß hat der neue Vizepräsident stets Kompromisse gesucht, zwischen den Fraktionen, aber auch zwischen dem Wunsch und dem Machbaren. „Die Bilanz stimmt“, resümiert Schmidt rückschauend. Auch als langjähriger Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Ennepe-Ruhr stand die Sozialpolitik im Vordergrund, so daß es nur ein kurzer Schritt war bis zum Vorsitzenden der Stiftung Wohlfahrtspflege. Hier streitet der Sozialdemokrat „überparteilich“ dafür, daß die Stiftung vom Land das ihr zustehende Geld erhält. Eigentlich sollen die Überschüsse der Spielbanken in die Stiftung fließen. Dennoch hat das Land vor Jahren die Hälfte der Mittel zur Haushaltssanierung geschluckt und Alten und Behinderten diese Gelder entzogen. Ulrich Schmidt hat diesen Vorgang seiner Parteifreunde stets aus innerer Überzeugung heraus öffentlich kritisiert.

Trotz der Belastung durch das neue Präsidentenamt will der verheiratete Wetteraner Bürgermeister seiner Heimatgemeinde treu bleiben. Wer Ulrich Schmidt kennt, der weiß, daß seine Mitbürger dies gern gehört haben werden.

Wilfried Goebels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)